

963 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 23. 2. 2002

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Nachlass-, Erbschafts- und Schenkungssteuern

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG AUF DEM GEBIETE DER NACHLASS-, ERBSCHAFTS- UND SCHENKUNGSSTEUERN

Die Regierung der Republik Österreich

und

die Regierung des Königreiches der Niederlande,

von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Nachlass-, Erbschafts- und Schenkungssteuern zwischen beiden Staaten abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

ABSCHNITT I

GELTUNGSBEREICH DES ABKOMMENS

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE NACHLÄSSE, ERBSCHAFTEN UND SCHENKUNGEN

Dieses Abkommen gilt für

- a) Nachlässe und Erbschaften, wenn der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war, und
- b) Schenkungen, wenn der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

1. Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Nachlass- und Erbschaftssteuern sowie Schenkungssteuern, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

2. Als Nachlass- und Erbschaftssteuern gelten die Steuern, die von Todes wegen als Nachlasssteuern, Erbanfallsteuern, Abgaben vom Vermögensübergang oder Steuern von Schenkungen auf den Todesfall erhoben werden. Als Schenkungssteuern gelten die Steuern, die auf Übertragungen

unter Lebenden nur deshalb erhoben werden, weil die Übertragungen ganz oder teilweise unentgeltlich vorgenommen werden.

3. Die bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, sind:

- a) in den Niederlanden: die Erbschaftssteuer (het recht van successie), die Abgabe vom Vermögensübergang (het recht van overgang) und die Schenkungssteuer (het recht van schenking) (im Folgenden als „niederländische Steuer“ bezeichnet);
- b) in Österreich: die Erbschafts- und Schenkungssteuer (im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet).

4. Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

ABSCHNITT II

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

1. Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder die Niederlande; bedeutet der Ausdruck „Vertragsstaaten“, Österreich und die Niederlande;
- b) bedeutet der Ausdruck „die Niederlande“ den in Europa gelegenen Teil des Königreiches der Niederlande;
- c) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
- d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) umfasst der Ausdruck „Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person ist, die in einem Vertragsstaat ansässig war“, alle Vermögenswerte, deren Übergang oder Übertragung nach dem Recht eines Vertragsstaats einer Steuer unterliegt, für die das Abkommen gilt;
- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
- g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) in den Niederlanden: den Minister der Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter.

2. Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

STEUERLICHER WOHNSITZ

1. Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, deren Nachlass oder Schenkung nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, deren Nachlass oder Schenkung in diesem Staat nur mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

2. War nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügte; verfügte sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hatte (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hatte, oder verfügte sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte;

- c) hatte die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie war;
- d) war die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Staaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

3. War eine natürliche Person in dem Zeitpunkt, für den ihr Wohnsitz festzustellen ist, nach Absatz 1 in beiden Vertragsstaaten ansässig und

- a) zu diesem Zeitpunkt ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats, nicht jedoch ein Staatsangehöriger des anderen Staates, und
- b) im anderen Staat ansässig, dies jedoch weniger als sieben von zehn Jahren, die diesem Zeitpunkt unmittelbar vorangehen, und
- c) beabsichtigte sie nicht, sich im anderen Staat auf unbestimmte Zeit aufzuhalten,

so gilt sie ungeachtet des Absatzes 2 dieses Artikels in diesem Zeitpunkt als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie war.

4. War nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befand.

ABSCHNITT III

BESTEUERUNGSREGELN

Artikel 5

UNBEWEGLICHES VERMÖGEN

1. Unbewegliches Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person ist, die in einem Vertragsstaat ansässig war, und das im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

2. Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

3. Absatz 1 gilt auch für unbewegliches Vermögen eines Unternehmens und für unbewegliches Vermögen, das der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient.

Artikel 6

BETRIEBSVERMÖGEN EINER BETRIEBSTÄTTE UND VERMÖGEN EINER FESTEN EINRICHTUNG, DAS DER AUSÜBUNG EINER SELBSTSTÄNDIGEN ARBEIT DIENST

1. Vermögen, mit Ausnahme des in Artikel 5 genannten Vermögens, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person ist, die in einem Vertragsstaat ansässig war, und das Betriebsvermögen einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebstätte darstellt, darf im anderen Staat besteuert werden.

2. Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

3. Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

4. Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

5. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

6. Vermögen, mit Ausnahme des in Artikel 5 genannten Vermögens, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person ist, die in einem Vertragsstaat ansässig war, und das zu einer im anderen Vertragsstaat gelegenen festen Einrichtung gehört, die der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient, darf im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 7

ANDERES VERMÖGEN

Vorbehaltlich des Artikels 8 darf Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer Person ist, die in einem Vertragsstaat ansässig war, und in den Artikeln 5 und 6 nicht behandelt wurde, ohne Rücksicht auf seine Belegenheit nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 8

SUBSIDIÄRE BESTEUERUNGSRECHTE

1. War der Erblasser oder der Schenker im Zeitpunkt seines Todes beziehungsweise im Zeitpunkt der Schenkung in einem Vertragsstaat ansässig und war er zu diesem Zeitpunkt ein Staatsangehöriger des anderen Vertragsstaats und war er im anderen Staat zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der zehn Jahre, die dem Tod oder der Schenkung unmittelbar vorangehen, ansässig, so darf der andere Staat nach seinem innerstaatlichen Recht auch unter Artikel 7 fallendes Vermögen besteuern.

2. War der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in einem Vertragsstaat ansässig und war er im anderen Staat zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb des Jahres, das der Schenkung unmittelbar vorangeht, ansässig, so darf der andere Staat – vorbehaltlich des Absatzes 1 – nach seinem innerstaatlichen Recht auch unter Artikel 7 fallendes Vermögen besteuern.

Artikel 9

SCHULDENABZUG

1. Schulden, die durch das in Artikel 5 genannte Vermögen besonders gesichert sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen. Schulden, die zwar nicht durch das in Artikel 5 genannte Vermögen besonders gesichert sind, die aber im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Änderung, der Instandsetzung oder der Instandhaltung solchen Vermögens entstanden sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen.

2. Vorbehaltlich des Absatzes 1 werden Schulden, die mit einer in Artikel 6 Absatz 1 genannten Betriebstätte oder einer in Artikel 6 Absatz 6 genannten festen Einrichtung zusammenhängen, vom Wert der Betriebstätte beziehungsweise der festen Einrichtung abgezogen.

3. Die anderen Schulden werden vom Wert des Vermögens abgezogen, für das Artikel 7 beziehungsweise Artikel 8 gilt.

4. Übersteigt eine Schuld den Wert des Vermögens, von dem sie in einem Vertragsstaat nach den Absätzen 1 oder 2 abzuziehen ist, so wird der übersteigende Betrag vom Wert des übrigen Vermögens, das in diesem Staat besteuert werden darf, abgezogen.

5. Verbleibt in einem Vertragsstaat nach den Abzügen, die auf Grund der Absätze 3 und 4 vorzunehmen sind, ein Schuldenrest, so wird dieser vom Wert des Vermögens, das im anderen Vertragsstaat besteuert werden darf, abgezogen.

6. Ist ein Vertragsstaat nach den Absätzen 1 bis 5 verpflichtet, einen höheren als nach seinem Recht vorgesehenen Schuldenabzug vorzunehmen, so gelten die genannten Absätze nur insoweit, als der andere Vertragsstaat nach seinem innerstaatlichen Recht nicht verpflichtet ist, die gleichen Schulden abzuziehen.

Artikel 10

BEFREIUNGEN UND ERMÄSSIGUNGEN

1. Steuerbefreiungen und -ermäßigungen, die nach dem Recht eines Vertragsstaats für unter dieses Abkommen fallende und der Besteuerung unterliegende Vorgänge diesem Staat oder seinen Gebietskörperschaften gewährt werden, gelten für den anderen Vertragsstaat und dessen Gebietskörperschaften.

2. Steuerbefreiungen und -ermäßigungen, die nach dem Recht eines Vertragsstaats für unter dieses Abkommen fallende und der Besteuerung unterliegende Vorgänge den Organisationen dieses Vertragsstaats gewährt werden, deren Tätigkeit ausschließlich für religiöse, philosophische, wohltätige, kulturelle oder wissenschaftliche Zwecke oder für Zwecke des Allgemeinwohls ausgeübt wird, gelten auch für solche Organisationen des anderen Vertragsstaats.

ABSCHNITT IV

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Artikel 11

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

1. War der Erblasser oder der Schenker im Zeitpunkt seines Todes beziehungsweise im Zeitpunkt der Schenkung in den Niederlanden ansässig, so rechnen die Niederlande die nach ihrem innerstaatlichen Recht festgesetzte Steuer in Bezug auf Vermögen an, das auf Grund der Artikel 5 oder 6 und nach Artikel 9, Absätze 1, 2 und 4, in Österreich besteuert werden darf.

2. Erheben die Niederlande eine Steuer auf Grund des Artikels 8, so rechnen sie diese Steuer in Bezug auf Vermögen an, das auf Grund des Artikels 7 und nach Artikel 9 Absatz 3 in Österreich besteuert werden darf.

3. Der in den Absätzen 1 und 2 erwähnte Anrechnungsbetrag ist der niedrigere der nachstehenden Beträge:

- a) der in Österreich nach den Absätzen 1 beziehungsweise 2 erhobene Steuerbetrag;
- b) der Betrag der niederländischen Steuer, der sich zu dem gemäß dem innerstaatlichen Recht der Niederlande festgesetzten Steuerbetrag verhält wie sich die Höhe des nach den Absätzen 1 beziehungsweise 2 ermittelten Vermögens zur Höhe des Gesamtvermögens verhält.

4. Bei der Anwendung der Absätze 1 und 2 beziehen die Niederlande alle Steuern mit ein, die Österreich nach diesem Abkommen aus Anlass einer früheren Schenkung erhoben hat, die vom Erblasser innerhalb von 180 Tagen vor seinem Tod erfolgt ist, und zwar in Bezug auf Vermögen, das Teil des Nachlasses ist, der in den Niederlanden der Besteuerung unterliegt, und zwar insoweit, als diese Steuern im Zeitpunkt dieser Schenkung nicht berücksichtigt worden sind.

5. Im Sinne dieses Artikels gilt eine Steuer dann als in Österreich erhoben, wenn diese nach österreichischem Recht vorgeschrieben und ordnungsgemäß gezahlt wird.

6. Der von den Niederlanden zu gewährende Anrechnungsbetrag wird für jeden Erben beziehungsweise Vermächtnisnehmer oder Beschenkten gesondert ermittelt.

7. War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in Österreich ansässig, so nimmt Österreich das Vermögen, das aus demselben Anlass nach diesem Abkommen in den Niederlanden besteuert werden darf, von der Besteuerung aus.

8. Österreich nimmt von der Besteuerung auch das Vermögen aus, das aus Anlass einer früheren Schenkung nach diesem Abkommen in den Niederlanden besteuert werden dürfte. Österreich nimmt jedoch kein Vermögen von der Besteuerung aus, das in Österreich nach Artikel 5 oder 6 des Abkommens besteuert werden dürfte.

9. In jedem Fall darf Österreich das von der Besteuerung ausgenommene Vermögen bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Vermögen einbeziehen.

10. Jeder auf diesen Artikel gestützte Antrag auf Anrechnung ist innerhalb von sieben Jahren ab dem Zeitpunkt des Vorganges zu stellen, auf Grund dessen die Steuer, deren Anrechnung beantragt wird, erhoben wird.

ABSCHNITT V BESONDERE BESTIMMUNGEN

Artikel 12

GLEICHBEHANDLUNG

1. Staatsangehörige eines Vertragsstaats sowie Nachlässe und Schenkungen, die diese Staatsangehörigen tätigen oder erwerben, dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates beziehungsweise Nachlässe und Schenkungen, die diese Staatsangehörigen tätigen beziehungsweise erwerben, unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind, sowie für Nachlässe und Schenkungen, die diese Personen tätigen oder erwerben.

2. Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

3. Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Artikel 13

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

1. Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 12 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

2. Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

3. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

4. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 14

INFORMATIONSAUSTAUSCH

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung

nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder einer Gerichtsentscheidung offen legen.

2. Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,
- Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Staates abweichen;
 - Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Staates nicht beschafft werden können;
 - Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 15

VOLLSTRECKUNGSAMTSHILFE

1. Die Vertragsstaaten stimmen überein, dass sie einander nach Maßgabe ihrer einschlägigen Gesetze und ihrer Verwaltungspraxis bei der Einbringung der Steuern, die den Gegenstand dieses Abkommens bilden, samt den dazugehörigen Abgabenerhöhungen, Abgabenzuschlägen, Säumniszuschlägen, Zinsen und Verfahrenskosten Hilfe leisten.

2. Auf Antrag des ersuchenden Staates führt der ersuchte Staat die Vollstreckung der Steueransprüche des erstgenannten Staates nach dem Recht und der Verwaltungspraxis bezüglich der Vollstreckung seiner eigenen Steueransprüche durch. Diese Ansprüche genießen jedoch im ersuchten Staat keinerlei Vorrechte und können nicht durch die Inhaftierung des Schuldners wegen der Schulden vollstreckt werden. Der ersuchte Staat ist nicht verpflichtet, Vollstreckungsmaßnahmen zu setzen, die in den Gesetzen des ersuchenden Staates nicht vorgesehen sind.

3. Absatz 2 gilt nur für Steueransprüche, die im ersuchenden Staat Gegenstand eines gültigen Vollstreckungstitels sind und nicht mehr angefochten werden können.

4. Die Verpflichtung zur Amtshilfe bei der Vollstreckung von Steueransprüchen gegen einen Erblasser oder seinen Nachlass ist auf den Wert des Nachlasses oder den Teil des Vermögens beschränkt, der auf jeden Nachlassbegünstigten entfällt, je nachdem, ob die Ansprüche aus dem Nachlass oder gegenüber den Nachlassbegünstigten zu befriedigen sind.

5. Der ersuchte Staat ist nicht verpflichtet, dem Ersuchen nachzukommen:
- wenn der ersuchende Staat im eigenen Hoheitsgebiet nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft hat, es sei denn, dass die Inanspruchnahme dieser Mittel unangemessene Schwierigkeiten bereiten würde;
 - wenn und soweit er der Auffassung ist, dass der Steueranspruch im Widerspruch zu diesem oder einem anderen Abkommen steht, dessen Parteien beide Vertragsstaaten sind.

6. Dem Ersuchen um Amtshilfe bei der Vollstreckung eines Steueranspruchs sind beizufügen:
- eine Erklärung, dass der Steueranspruch eine unter das Abkommen fallende Steuer betrifft und unangefochten ist;
 - eine amtliche Ausfertigung des im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels;
 - alle anderen für die Vollstreckung erforderlichen Schriftstücke;
 - gegebenenfalls eine beglaubigte Ausfertigung, die alle damit in Verbindung stehenden Entscheidungen von Verwaltungsbehörden oder öffentlichen Gerichten bestätigt.

7. Auf Antrag des ersuchenden Staates trifft der ersuchte Staat Sicherungsmaßnahmen, um die Vollstreckung eines Steuerbetrages zu gewährleisten, selbst wenn gegen den Anspruch Einwendungen erhoben werden oder ein Vollstreckungstitel noch nicht ausgestellt worden ist, soweit dies nach den Gesetzen und der Verwaltungspraxis des ersuchten Staates zulässig ist.

8. Der im ersuchenden Staat gültige Vollstreckungstitel wird gegebenenfalls gemäß den im ersuchten Staat geltenden Bestimmungen nach Eingang des Amtshilfeersuchens so bald wie möglich

entgegengenommen, anerkannt, ergänzt oder durch einen Vollstreckungstitel des ersuchten Staates ersetzt.

9. Für Fragen im Zusammenhang mit Verjährungsfristen bei der Vollstreckung von Steueransprüchen ist das Recht des ersuchenden Staates maßgebend. Das Ersuchen um Amtshilfe bei der Vollstreckung enthält Angaben über diese Frist.

10. Vollstreckungsmaßnahmen, die vom ersuchten Staat auf Grund eines Amtshilfeersuchens durchgeführt werden und die nach den Gesetzen dieses Staates die in Absatz 9 genannte Frist hemmen oder unterbrechen würden, haben nach den Gesetzen des ersuchenden Staates dieselbe Wirkung. Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat über solche Maßnahmen.

11. Der ersuchte Staat kann einem Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zustimmen, wenn seine Gesetze oder seine Verwaltungspraxis dies in ähnlichen Fällen zulassen; der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat über die ergriffenen Maßnahmen.

12. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich über Regelungen betreffend Bagatellgrenzen für Steueransprüche, die den Gegenstand eines Amtshilfeersuchens bilden, verständigen.

13. Die Vertragsstaaten verzichten gegenseitig auf den Ersatz von Kosten, die sich aus der jeweiligen Hilfe ergeben, die sie einander bei der Anwendung dieses Abkommens leisten. Der ersuchende Staat haftet in jedem Fall gegenüber dem ersuchten Staat weiterhin für die finanziellen Folgen von Vollstreckungsmaßnahmen, die hinsichtlich der Begründetheit des Steueranspruches oder der Gültigkeit des im ersuchenden Staat ausgestellten Vollstreckungstitels als nicht gerechtfertigt befunden werden.

14. In Bezug auf die vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können die zuständigen Behörden des Staates in gegenseitigem Einvernehmen das Verfahren regeln, wie die Hilfeleistung zu erfolgen hat, sowie alle damit verbundenen Fragen.

Artikel 16

DIPLOMATEN UND KONSULARBEAMTE

1. Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Diplomaten und Konsularbeamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

2. Ungeachtet des Artikels 4 wird eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen oder konsularischen Mission eines Vertragsstaats ist, die im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, und die ein Staatsangehöriger des Entsendestaates ist, für Zwecke dieses Abkommens so behandelt, als wäre sie im Entsendestaat ansässig, wenn der gesamte Nachlass oder die gesamte Schenkung im Entsendestaat in gleicher Weise besteuert wird wie die Nachlässe und Schenkungen von Personen, die in diesem Staat ansässig sind.

3. Das Abkommen gilt nicht für

- a) Schenkungen von internationalen Organisationen, von deren Organen oder Beamten oder von Mitgliedern einer diplomatischen oder konsularischen Mission eines dritten Staates und
- b) Nachlässe dieser Beamten oder Mitglieder,

wenn diese Organisationen, Organe, Beamten oder Mitglieder sich in einem Vertragsstaat aufhalten und in keinem der Staaten für die Zwecke der Nachlass-, Erbschafts- oder Schenkungssteuern so behandelt werden, als wären sie dort ansässig.

Artikel 17

AUSDEHNUNG DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES

1. Das Abkommen kann entweder als Ganzes oder mit den erforderlichen Änderungen auf eines der beiden Länder oder auf beide Länder die Niederländischen Antillen oder Aruba ausgedehnt werden, wenn das betreffende Land Steuern erhebt, die im Wesentlichen den Steuern ähnlich sind, für die das Abkommen gilt. Eine solche Ausdehnung wird von dem Zeitpunkt an und mit den Änderungen und Bedingungen, einschließlich der Bedingungen für die Beendigung, wirksam, die durch auf diplomatischem Weg auszutauschende Noten vereinbart werden.

2. Wurde nichts anderes vereinbart, so wird mit der Kündigung die Anwendung des Abkommens nicht auch für die Länder beendet, auf die das Abkommen nach diesem Artikel ausgedehnt worden ist.

963 der Beilagen

9

ABSCHNITT VI
SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 18

IN-KRAFT-TRETEN

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des ersten Monats in Kraft, der dem jeweils späteren Zeitpunkt folgt, zu dem die jeweiligen Regierungen einander schriftlich mitgeteilt haben, dass die im jeweiligen Staat erforderlichen verfassungsmäßigen Formalitäten erfüllt sind, und seine Bestimmungen finden Anwendung auf den Nachlass von Personen, deren Tod an oder nach diesem Tag eingetreten ist, und auf alle nicht den Erwerb von Todes wegen betreffenden Vorgänge, die an oder nach diesem Tag erfolgen, und nach dem Recht eines der beiden Staaten zu einer Steuerpflicht führen.

Artikel 19

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung mit dem Beginn des Kalenderjahres, das dem Jahr folgt, in dem die Kündigung mitgeteilt worden ist; es findet jedoch weiterhin Anwendung auf den Nachlass von Personen, deren Tod vor diesem Zeitpunkt eingetreten ist, und auf alle nicht den Erwerb von Todes wegen betreffenden Vorgänge, die vor diesem Zeitpunkt erfolgen, und nach dem Recht eines der beiden Staaten zu einer Steuerpflicht führen.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu bevollmächtigten Unterfertigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Den Haag, am 26. November 2001, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei die beiden Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. Benita Ferrero-Waldner

Für das Königreich der Niederlande:

Jozias van Aartsen

VERDRAG

**TUSSEN DE REPUBLIEK OOSTENRIJK EN HET KONINKRIJK DER
NEDERLANDEN TOT HET VERMIJDEN VAN DUBBELE BELASTING EN HET
VOORKOMEN VAN HET ONTGAAN VAN BELASTING MET BETREKKING TOT
BELASTINGEN VAN NALATENSCHAPPEN EN VERKRIJGINGEN KRACHTENS
ERFRECHT EN VAN SCHENKINGEN**

De Regering van de Republiek Oostenrijk

en

de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden,

Geleid door de wens dat door beide Staten een verdrag wordt gesloten tot het vermijden van dubbele belasting en het voorkomen van het ontgaan van belasting met betrekking tot belastingen van nalatenschappen en verkrijgingen krachtens erfrecht en van schenkingen,

Zijn het volgende overeengekomen:

10

963 der Beilagen

HOOFDSTUK I**Reikwijdte van het Verdrag****Artikel 1****Nalatenschappen, verkrijgingen krachtens erfrecht en schenkingen waarop het Verdrag van toepassing is**

Dit Verdrag is van toepassing:

- a) op nalatenschappen en verkrijgingen krachtens erfrecht van personen die ten tijde van hun overlijden inwoner waren van een of van beide Verdragsluitende Staten, en
- b) op schenkingen gedaan door personen die ten tijde van de schenking inwoner waren van een of van beide Verdragsluitende Staten.

Artikel 2**Belastingen waarop het Verdrag van toepassing is**

1. Dit Verdrag is van toepassing op belastingen van nalatenschappen en verkrijgingen krachtens erfrecht en van schenkingen, die, ongeacht de wijze van heffing, worden geheven ten behoeve van een Verdragsluitende Staat of van de staatkundige onderdelen of plaatselijke publiekrechtelijke lichamen daarvan.

2. Als belastingen van nalatenschappen en verkrijgingen krachtens erfrecht worden beschouwd alle belastingen die ter zake van overlijden worden geheven in de vorm van belastingen over de nalatenschap in haar geheel, van belastingen over verkrijgingen krachtens erfrecht, van rechten van overgang of van belastingen over schenkingen in verband met overlijden. Als belastingen van schenkingen worden beschouwd alle belastingen die over overgangen onder de levenden worden geheven, alleen omdat die overgangen geheel of gedeeltelijk om niet plaatsvinden.

3. De bestaande belastingen waarop het Verdrag van toepassing is, zijn:

- a) voor Nederland:
het recht van successie, het recht van overgang en het recht van schenking (hierna te noemen Nederlandse belasting);
- b) voor Oostenrijk:
die Erbschafts- und Schenkungssteuer (successie- en schenkingsbelasting) (hierna te noemen Oostenrijkse belasting).

4. Het Verdrag is ook van toepassing op alle gelijke of in wezen gelijksoortige belastingen die na de datum van ondertekening van het Verdrag naast of in de plaats van de bestaande belastingen worden geheven. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten delen elkaar alle wezenlijke wijzigingen mede, die in hun onderscheiden belastingwetgevingen zijn aangebracht.

HOOFDSTUK II**Begripsbepalingen****Artikel 3****Algemene begripsbepalingen**

1. Voor de toepassing van dit Verdrag, tenzij de context anders vereist:

- a) betekent de uitdrukking „Verdragsluitende Staat“ Nederland of Oostenrijk, al naar de context vereist; betekent de uitdrukking „Verdragsluitende Staten“ Nederland en Oostenrijk;
- b) betekent de uitdrukking „Nederland“ het deel van het Koninkrijk der Nederlanden, dat in Europa is gelegen;
- c) betekent de uitdrukking „Oostenrijk“ de Republiek Oostenrijk;
- d) omvat de uitdrukking „persoon“ een natuurlijke persoon, een lichaam en elke andere vereniging van personen;
- e) omvat de uitdrukking „vermogensbestanddelen die deel uitmaken van de nalatenschap van, of van een schenking gedaan door, een persoon die inwoner was van een Verdragsluitende Staat“ alle vermogensbestanddelen waarvan de overdracht of overgang, ingevolge de wetgeving van een Verdragsluitende Staat, is onderworpen aan een belasting waarop het Verdrag van toepassing is;
- f) betekent de uitdrukking „onderdaan“

963 der Beilagen

11

- i) iedere natuurlijke persoon die de nationaliteit van een Verdragsluitende Staat bezit;
- ii) iedere rechtspersoon, vennootschap en andere vereniging die zijn of haar rechtspositie als zodanig ontleent aan de wetgeving die in een Verdragsluitende Staat van kracht is;
- g) betekent de uitdrukking „bevoegde autoriteit“
 - i) in Nederland: de Minister van Financiën of zijn bevoegde vertegenwoordiger;
 - ii) in Oostenrijk: de Bondsminister van Financiën of zijn bevoegde vertegenwoordiger.

2. Voor de toepassing van het Verdrag door een Verdragsluitende Staat heeft, tenzij de context anders vereist, elke daarin niet omschreven uitdrukking de betekenis welke die uitdrukking heeft volgens het recht van die Staat met betrekking tot de belastingen waarop het Verdrag van toepassing is.

Artikel 4**Fiscale woonplaats**

1. Voor de toepassing van dit Verdrag betekent de uitdrukking „inwoner van een Verdragsluitende Staat“ iedere persoon wiens nalatenschap of wiens schenking, ingevolge de wetgeving van die Staat, aldaar aan belasting is onderworpen op grond van zijn woonplaats, verblijf, plaats van leiding of enige andere soortgelijke omstandigheid. Deze uitdrukking omvat echter niet personen wier nalatenschap of wier schenking in die Staat slechts aan belasting is onderworpen ter zake van in die Staat gelegen vermogensbestanddelen.

2. Indien een natuurlijke persoon ingevolge de bepalingen van het eerste lid inwoner van beide Verdragsluitende Staten was, wordt zijn positie als volgt bepaald:

- a) hij wordt geacht inwoner te zijn geweest van de Staat waar hij een duurzaam tehuis tot zijn beschikking had; indien hij in beide Verdragsluitende Staten een duurzaam tehuis tot zijn beschikking had, wordt hij geacht inwoner te zijn geweest van de Staat waarmede zijn persoonlijke en economische betrekkingen het nauwst waren (middelpunt van de levensbelangen);
- b) indien niet kan worden bepaald in welke Staat hij het middelpunt van zijn levensbelangen had, of indien hij in geen van beide Staten een duurzaam tehuis tot zijn beschikking had, wordt hij geacht inwoner te zijn geweest van de Staat waar hij gewoonlijk verbleef;
- c) indien hij in beide Staten of in geen van beide gewoonlijk verbleef, wordt hij geacht inwoner te zijn geweest van de Staat waarvan hij onderdaan was;
- d) indien hij onderdaan was van beide Staten of van geen van beide, regelen de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten de aangelegenheid in onderlinge overeenstemming.

3. Indien een natuurlijke persoon ingevolge de bepalingen van het eerste lid van dit artikel op het tijdstip waarop zijn woonplaats moet worden vastgesteld inwoner van beide Verdragsluitende Staten was, en

- a) op dat tijdstip onderdaan was van een Verdragsluitende Staat zonder onderdaan te zijn van de andere Verdragsluitende Staat, en
 - b) inwoner van die andere Staat was maar aldaar gedurende de tien jaren onmiddellijk voorafgaand aan dat tijdstip minder dan zeven jaren inwoner is geweest, en
 - c) niet de bedoeling had voor onbepaalde tijd in die andere Staat te blijven,
- wordt hij, niettegenstaande de bepalingen van het tweede lid van dit artikel, geacht op dat tijdstip inwoner te zijn geweest van de Staat waarvan hij onderdaan was.

4. Indien een andere dan een natuurlijke persoon ingevolge de bepalingen van het eerste lid inwoner van beide Verdragsluitende Staten was, wordt hij geacht inwoner te zijn geweest van de Staat waar de plaats van zijn werkelijke leiding was gelegen.

HOOFDSTUK III**Regels voor de belastingheffing****Artikel 5****Onroerende vermogensbestanddelen**

1. Onroerende vermogensbestanddelen die deel uitmaken van de nalatenschap van, of van een schenking gedaan door, een persoon die inwoner was van een Verdragsluitende Staat, en die in de andere Verdragsluitende Staat zijn gelegen, mogen in die andere Staat worden belast.

2. De uitdrukking „onroerende vermogensbestanddelen“ heeft de betekenis welke die uitdrukking heeft volgens het recht van de Verdragsluitende Staat waar de desbetreffende vermogensbestanddelen

zijn gelegen. De uitdrukking omvat in ieder geval de vermogensbestanddelen die bij de onroerende vermogensbestanddelen behoren, levende en dode have van landbouw- en bosbedrijven, rechten waarop de bepalingen van het privaatrecht betreffende de grondeigendom van toepassing zijn, vruchtgebruik van onroerende vermogensbestanddelen en rechten op veranderlijke of vaste vergoedingen ter zake van de exploitatie, of concessie tot exploitatie, van minerale aardlagen, bronnen en andere natuurlijke rijkdommen; schepen en luchtvaartuigen worden niet als onroerende vermogensbestanddelen beschouwd.

3. De bepalingen van het eerste lid zijn ook van toepassing op onroerende vermogensbestanddelen van een onderneming en op onroerende vermogensbestanddelen gebezigd voor het verrichten van zelfstandige arbeid.

Artikel 6

Bedrijfsvermogen van een vaste inrichting en bezittingen behorend tot een vast middelpunt en gebezigd voor het verrichten van zelfstandige arbeid

1. Bezittingen, met uitzondering van de bezittingen, bedoeld in artikel 5, die deel uitmaken van de nalatenschap van, of van een schenking gedaan door, een persoon die inwoner was van een Verdragsluitende Staat, en die behoren tot een in de andere Verdragsluitende Staat gevestigde vaste inrichting, mogen in die andere Staat worden belast.

2. Voor de toepassing van dit Verdrag betekent de uitdrukking „vaste inrichting“ een vaste bedrijfsinrichting door middel waarvan de werkzaamheden van een onderneming geheel of gedeeltelijk worden uitgeoefend.

3. De uitdrukking „vaste inrichting“ omvat in het bijzonder:

- a) een plaats waar leiding wordt gegeven;
- b) een filiaal;
- c) een kantoor;
- d) een fabriek;
- e) een werkplaats, en
- f) een mijn, een olie- of gasbron, een steengroeve of een andere plaats waar natuurlijke rijkdommen worden gewonnen.

4. De plaats van uitvoering van een bouwwerk of van constructie- of montagewerkzaamheden vormt alleen een vaste inrichting indien de duur ervan twaalf maanden overschrijdt.

5. Niettegenstaande de voorgaande bepalingen van dit artikel wordt een vaste inrichting niet aanwezig geacht, indien:

- a) gebruik wordt gemaakt van inrichtingen, uitsluitend voor de opslag, uitstalling of aflevering van aan de onderneming toebehorende goederen of koopwaar;
- b) een voorraad van aan de onderneming toebehorende goederen of koopwaar wordt aangehouden, uitsluitend voor de opslag, uitstalling of aflevering;
- c) een voorraad van aan de onderneming toebehorende goederen of koopwaar wordt aangehouden, uitsluitend voor de bewerking of verwerking door een andere onderneming;
- d) een vaste bedrijfsinrichting wordt aangehouden, uitsluitend om voor de onderneming goederen of koopwaar aan te kopen of inlichtingen in te winnen;
- e) een vaste bedrijfsinrichting wordt aangehouden, uitsluitend om voor de onderneming enige andere werkzaamheid uit te oefenen die van voorbereidende aard is of het karakter van hulpwerkzaamheden heeft;
- f) een vaste bedrijfsinrichting wordt aangehouden, uitsluitend voor een combinatie van de in de onderdelen a) tot en met e) genoemde werkzaamheden, mits het totaal van de werkzaamheden van de vaste bedrijfsinrichting dat uit deze combinatie voortvloeit van voorbereidende aard is of het karakter van hulpwerkzaamheden heeft.

6. Bezittingen, met uitzondering van de bezittingen, bedoeld in artikel 5, die deel uitmaken van de nalatenschap van, of van een schenking gedaan door, een persoon die inwoner was van een Verdragsluitende Staat, die behoren tot een in de andere Verdragsluitende Staat gevestigd vast middelpunt en die worden gebezigd voor het verrichten van zelfstandige arbeid, mogen in die andere Staat worden belast.

Artikel 7

Overige vermogensbestanddelen

Onverminderd de bepalingen van artikel 8, zijn vermogensbestanddelen, waar ook gelegen, die deel uitmaken van de nalatenschap van, of van een schenking gedaan door, een persoon die inwoner was van een Verdragsluitende Staat, en die niet werden behandeld in de artikelen 5 en 6, slechts belastbaar in die Staat.

Artikel 8

Subsidiaire heffingsrechten

1. Indien de overledene of de schenker ten tijde van zijn overlijden, respectievelijk ten tijde van de schenking inwoner was van een Verdragsluitende Staat en op dat tijdstip onderdaan was van de andere Verdragsluitende Staat en op enig tijdstip gedurende de tien jaren onmiddellijk voorafgaand aan het overlijden of de schenking inwoner was geweest van die andere Staat, mag die andere Staat de vermogensbestanddelen, bedoeld in artikel 7, ook belasten, overeenkomstig zijn nationale wetgeving.

2. Indien de schenker ten tijde van de schenking inwoner was van een Verdragsluitende Staat en op enig tijdstip gedurende het jaar onmiddellijk voorafgaand aan de schenking inwoner was geweest van de andere Verdragsluitende Staat, mag die andere Staat de vermogensbestanddelen, bedoeld in artikel 7, onverminderd de bepalingen van het eerste lid, ook belasten, overeenkomstig zijn nationale wetgeving.

Artikel 9

Aftrek van schulden

1. Schulden waarvoor vermogensbestanddelen als bedoeld in artikel 5 uitdrukkelijk zijn verbonden, worden op de waarde van die vermogensbestanddelen in mindering gebracht. Schulden waarvoor vermogensbestanddelen als bedoeld in artikel 5 niet uitdrukkelijk zijn verbonden, doch die verband houden met de verkrijging, de omzetting, het herstel of het onderhoud van zulke vermogensbestanddelen, worden op de waarde van die vermogensbestanddelen in mindering gebracht.

2. Onder voorbehoud van de bepalingen van het eerste lid worden schulden die betrekking hebben op een vaste inrichting als bedoeld in artikel 6, eerste lid, of op een vast middelpunt als bedoeld in artikel 6, zesde lid, in mindering gebracht op de waarde van de vaste inrichting, respectievelijk het vaste middelpunt.

3. Andere schulden worden in mindering gebracht op de waarde van de vermogensbestanddelen waarop de bepalingen van artikel 7, respectievelijk artikel 8 van toepassing zijn.

4. Indien een schuld de waarde van de vermogensbestanddelen waarvan zij overeenkomstig de bepalingen van het eerste en het tweede lid in een Verdragsluitende Staat aftrekbaar is, overschrijdt, wordt het overschot in mindering gebracht op de waarde van de andere in die Staat belastbare vermogensbestanddelen.

5. Indien, na toepassing van de verminderingen, bedoeld in het derde en het vierde lid, nog een bedrag in een Verdragsluitende Staat overblijft, wordt dit overschot in mindering gebracht op de waarde van de vermogensbestanddelen die in de andere Verdragsluitende Staat aan belasting zijn onderworpen.

6. Ingeval de bepalingen van het eerste tot en met het vijfde lid een Verdragsluitende Staat zouden verplichten schulden in mindering te brengen tot een groter bedrag dan het bedrag waarin zijn wetgeving voorziet, zijn die bepalingen alleen van toepassing voor zover de andere Verdragsluitende Staat krachtens zijn eigen wetgeving niet verplicht is dezelfde schulden in mindering te brengen.

Artikel 10

Vrijstellingen en verminderingen

1. De vrijstellingen en verminderingen van belasting waarin de wetgeving van een Verdragsluitende Staat voor belastbare gebeurtenissen waarop dit Verdrag van toepassing is, voorziet ten gunste van die Staat of van de staatkundige onderdelen of de plaatselijke publiekrechtelijke lichamen daarvan, zijn van toepassing op de andere Verdragsluitende Staat en de staatkundige onderdelen en de plaatselijke publiekrechtelijke lichamen van die andere Staat.

2. De vrijstellingen en verminderingen van belasting waarin de wetgeving van een Verdragsluitende Staat voor belastbare gebeurtenissen waarop dit Verdrag van toepassing is, voorziet ten gunste van instellingen van die Verdragsluitende Staat waarvan de activiteiten enkel worden uitgeoefend voor doeleinden van kerkelijke, levensbeschouwelijke, charitatieve, culturele of wetenschappelijke aard of

14

963 der Beilagen

voor algemeen nut beogende doeleinden, zijn ook van toepassing op dergelijke instellingen van de andere Verdragsluitende Staat.

HOOFDSTUK IV

Vermijding van dubbele belasting

Artikel 11

Vermijding van dubbele belasting

1. Indien de overledene of de schenker ten tijde van het overlijden, respectievelijk ten tijde van de schenking inwoner van Nederland was, verleent Nederland voor vermogensbestanddelen die overeenkomstig de bepalingen van de artikelen 5 en 6 in Oostenrijk mogen worden belast, een vermindering van de overeenkomstig zijn nationale wetgeving berekende belasting, met inachtneming van de bepalingen van artikel 9, eerste, tweede en vierde lid.

2. Indien Nederland belasting heft overeenkomstig de bepalingen van artikel 8, verleent het voor vermogensbestanddelen die overeenkomstig de bepalingen van artikel 7 in Oostenrijk mogen worden belast, een vermindering van die belasting, met inachtneming van de bepalingen van artikel 9, derde lid.

3. Het bedrag van de in het eerste en het tweede lid bedoelde vermindering is het laagste van de volgende bedragen:

- a) het bedrag van de belasting die in Oostenrijk wordt geheven overeenkomstig de bepalingen van het eerste, respectievelijk het tweede lid;
- b) het bedrag van de Nederlandse belasting dat tot het bedrag van de overeenkomstig de Nederlandse nationale wetgeving berekende belasting in dezelfde verhouding staat als de waarde van de desbetreffende vermogensbestanddelen bepaald overeenkomstig de bepalingen van het eerste, respectievelijk het tweede lid staat tot de waarde van de totale vermogensbestanddelen.

4. Voor de toepassing van de bepalingen van het eerste en het tweede lid houdt Nederland rekening met alle belastingen die in Oostenrijk zijn geheven overeenkomstig het Verdrag ter zake van een schenking die door de overledene is gedaan binnen 180 dagen voorafgaande aan zijn overlijden, en die betrekking heeft op een vermogensbestanddeel dat deel uitmaakt van de in Nederland belastbare nalatenschap, voor zover met deze belastingen geen rekening is gehouden ten tijde van de schenking.

5. Voor de toepassing van dit artikel wordt belasting geheven in Oostenrijk, indien deze ingevolge de wetgeving van Oostenrijk is verschuldigd en volgens de voorschriften wordt betaald.

6. De door Nederland te verlenen vermindering wordt afzonderlijk voor elke erfgenaam, legataris, respectievelijk begiftigde berekend.

7. Indien de overledene ten tijde van zijn overlijden of de schenker ten tijde van de schenking inwoner van Oostenrijk was, stelt Oostenrijk vrij van belasting de vermogensbestanddelen die naar aanleiding van dezelfde gebeurtenis en overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag in Nederland mogen worden belast.

8. Oostenrijk stelt ook vrij van belasting de vermogensbestanddelen die ter zake van een eerdere schenking en overeenkomstig de bepalingen van het Verdrag in Nederland mochten worden belast. Oostenrijk stelt echter geen vermogensbestanddelen vrij van belasting, die in Oostenrijk mochten worden belast overeenkomstig de bepalingen van de artikelen 5 of 6 van het Verdrag.

9. In elk geval mag Oostenrijk rekening houden met de vrijgestelde vermogensbestanddelen bij de berekening van het bedrag van de belasting over de overige vermogensbestanddelen.

10. Verzoeken om vermindering, gegrond op de bepalingen van dit artikel, moeten worden ingediend binnen zeven jaren te rekenen van de gebeurtenis op grond waarvan de belasting waarvoor een vermindering wordt verzocht, is geheven.

HOOFDSTUK V

Bijzondere bepalingen

Artikel 12

Non-discriminatie

1. Onderdanen van een Verdragsluitende Staat alsmede nalatenschappen van, schenkingen gedaan door, en nalatenschappen of schenkingen verkregen door, zulke onderdanen worden in de andere Verdragsluitende Staat niet aan enige belastingheffing of daarmee verband houdende verplichting

onderworpen, die anders of zwaarder is dan de belastingheffing en daarmee verband houdende verplichtingen waaraan onderdanen van die andere Staat, nalatenschappen van, schenkingen gedaan door, of nalatenschappen of schenkingen verkregen door, die onderdanen, onder dezelfde omstandigheden zijn of kunnen worden onderworpen. Deze bepaling is, niettegenstaande de bepalingen van artikel 1, ook van toepassing op personen die geen inwoner zijn van een of van beide Verdragsluitende Staten, alsmede op nalatenschappen van, schenkingen gedaan door, en nalatenschappen of schenkingen verkregen door, zulke personen.

2. De belastingheffing van een vaste inrichting die een onderneming van een Verdragsluitende Staat in de andere Verdragsluitende Staat heeft, is in die andere Staat niet ongunstiger dan de belastingheffing van ondernemingen van die andere Staat die dezelfde werkzaamheden uitoefenen. Deze bepaling mag niet aldus worden uitgelegd, dat zij een Verdragsluitende Staat verplicht aan inwoners van de andere Verdragsluitende Staat bij de belastingheffing de persoonlijke aftrekken, tegemoetkomingen en verminderingen uit hoofde van de samenstelling van het gezin of gezinslasten te verlenen, die deze aan zijn eigen inwoners verleent.

3. Ondernemingen van een Verdragsluitende Staat, waarvan het kapitaal geheel of gedeeltelijk, onmiddellijk of middellijk, in het bezit is van of wordt beheerst door een of meer inwoners van de andere Verdragsluitende Staat, worden in de eerstbedoelde Staat niet aan enige belastingheffing of daarmee verband houdende verplichting onderworpen, die anders of zwaarder is dan de belastingheffing en daarmee verband houdende verplichtingen waaraan andere soortgelijke ondernemingen van de eerstbedoelde Staat zijn of kunnen worden onderworpen.

Artikel 13

Regeling voor onderling overleg

1. Indien een persoon van oordeel is dat de maatregelen van een of van beide Verdragsluitende Staten voor hem leiden of zullen leiden tot een belastingheffing die niet in overeenstemming is met de bepalingen van dit Verdrag, kan hij, ongeacht de rechtsmiddelen waarin de nationale wetgeving van die Staten voorziet, zijn geval voorleggen aan de bevoegde autoriteit van de Verdragsluitende Staat waarvan hij inwoner is, of, indien zijn geval valt onder artikel 12, eerste lid, aan de bevoegde autoriteit van de Verdragsluitende Staat waarvan hij onderdaan is.

Het geval moet worden voorgelegd binnen drie jaren nadat de maatregel die leidt tot een belastingheffing die niet in overeenstemming is met de bepalingen van het Verdrag, voor het eerst te zijner kennis is gebracht.

2. De bevoegde autoriteit tracht, indien het bezwaar haar gegrond voorkomt en indien zij niet zelf in staat is tot een bevredigende oplossing te komen, de aangelegenheid in onderlinge overeenstemming met de bevoegde autoriteit van de andere Verdragsluitende Staat te regelen teneinde een belastingheffing die niet in overeenstemming is met het Verdrag, te vermijden. De overeengekomen regeling wordt uitgevoerd niettegenstaande de verjaringstermijnen in het nationale recht van de Verdragsluitende Staten.

3. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten trachten moeilijkheden of twijfelpunten die mochten rijzen met betrekking tot de uitlegging of de toepassing van het Verdrag in onderlinge overeenstemming op te lossen. Zij kunnen ook met elkaar overleg plegen teneinde dubbele belasting ongedaan te maken in gevallen waarvoor in het Verdrag geen voorziening is getroffen.

4. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen zich rechtstreeks met elkaar in verbinding stellen teneinde een overeenstemming als bedoeld in de voorgaande leden te bereiken.

Artikel 14

Uitwisseling van inlichtingen

1. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten wisselen de inlichtingen uit, die nodig zijn om uitvoering te geven aan de bepalingen van dit Verdrag of die van de nationale wetgeving van de Verdragsluitende Staten met betrekking tot de belastingen waarop het Verdrag van toepassing is, voor zover de heffing van die belastingen in overeenstemming is met het Verdrag. De uitwisseling van inlichtingen wordt niet beperkt door artikel 1. Alle door een Verdragsluitende Staat ontvangen inlichtingen worden op dezelfde wijze geheim gehouden als inlichtingen die volgens de nationale wetgeving van die Staat zijn verkregen, en worden alleen ter kennis gebracht van personen of autoriteiten (daaronder begrepen rechterlijke instanties en administratiefrechtelijke lichamen) die betrokken zijn bij de vaststelling of invordering van, de tenuitvoerlegging of vervolging ter zake van, of de beslissing in

beroepszaken betrekking hebbende op de belastingen waarop het Verdrag van toepassing is. Deze personen of autoriteiten mogen van de inlichtingen alleen voor deze doeleinden gebruik maken. Zij mogen de inlichtingen bekendmaken in openbare rechtszittingen of in rechterlijke beslissingen.

2. In geen geval worden de bepalingen van het eerste lid aldus uitgelegd dat zij een Verdragsluitende Staat de verplichting opleggen:

- a) administratieve maatregelen te nemen, die in strijd zijn met de wetgeving of de administratieve praktijk van die of van de andere Verdragsluitende Staat;
- b) inlichtingen te verstrekken, die niet verkrijgbaar zijn volgens de wetgeving of in de normale gang van zaken in de administratie van die of van de andere Verdragsluitende Staat;
- c) inlichtingen te verstrekken, die een handels-, bedrijfs-, nijverheids-, of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze zouden onthullen, dan wel inlichtingen waarvan het verstrekken in strijd zou zijn met de openbare orde.

Artikel 15

Bijstand bij invordering

1. De Verdragsluitende Staten komen overeen elkaar hulp en bijstand te verlenen, in overeenstemming met hun onderscheiden wetgeving of administratieve praktijk, bij de invordering van de belastingen waarop dit Verdrag van toepassing is, en de op genoemde belastingen betrekking hebbende verhogingen, boetes, betalingen wegens termijnoverschrijdingen, interest en kosten.

2. Op verzoek van de verzoekende Staat vordert de aangezochte Staat belastingvorderingen van de eerstgenoemde Staat in overeenkomstig het recht en de administratieve praktijk met betrekking tot de invordering van zijn eigen belastingvorderingen. Deze vorderingen genieten echter geen voorrang in de aangezochte Staat, en kunnen niet worden ingevorderd door middel van het in hechtenis nemen wegens schuld van de schuldenaar. De aangezochte Staat is niet verplicht invorderingsmaatregelen te nemen waarin de wetgeving van de verzoekende Staat niet voorziet.

3. De bepalingen van het tweede lid zijn slechts van toepassing op belastingvorderingen die onderwerp zijn van een executoriale titel in de verzoekende Staat en die niet kunnen worden bestreden.

4. De verplichting om bijstand te verlenen bij het invorderen van belastingvorderingen betreffende een overledene of zijn nalatenschap is beperkt tot de waarde van de nalatenschap of van het deel van de vermogensbestanddelen verkregen door iedere begunstigde van de nalatenschap, afhankelijk van de vraag of de belastingvordering dient te worden ingevorderd uit de nalatenschap of bij de begunstigten daarvan.

5. De aangezochte Staat is niet verplicht het verzoek in te willigen:

- a) indien de verzoekende Staat niet alle op zijn eigen grondgebied beschikbare middelen heeft aangewend, tenzij aanwending van die middelen zou leiden tot onevenredige moeilijkheden;
- b) indien en voor zover hij de belastingvordering in strijd acht met dit Verdrag of met enig ander verdrag waarbij beide Verdragsluitende Staten partij zijn.

6. Het verzoek om administratieve bijstand bij invordering van een belastingvordering gaat vergezeld van:

- a) een verklaring dat de belastingvordering een belasting betreft waarop het Verdrag van toepassing is, en niet wordt bestreden;
- b) een officieel afschrift van de executoriale titel in de verzoekende Staat;
- c) ieder ander document dat vereist is voor invordering;
- d) indien van toepassing, een gewaarmerkt afschrift van een op de belastingvordering betrekking hebbende beslissing genomen door een administratiefrechtelijk lichaam of een openbare rechterlijke instantie.

7. Op verzoek van de verzoekende Staat neemt de aangezochte Staat met het oog op de invordering van een belastingbedrag conservatoire maatregelen, zelfs indien de vordering wordt bestreden of nog niet invorderbaar is, voor zover dit is toegestaan volgens de wetgeving en de administratieve praktijk van de aangezochte Staat.

8. De executoriale titel in de verzoekende Staat wordt, indien passend en in overeenstemming met de in de aangezochte Staat van kracht zijnde bepalingen, zo spoedig mogelijk na de datum van ontvangst van het verzoek om bijstand aanvaard, erkend of aangevuld, dan wel vervangen door een executoriale titel in de aangezochte Staat.

9. Vragen betreffende het tijdvak waarbuiten niet langer kan worden ingevorderd, worden beheerst door de wetgeving van de verzoekende Staat. Het verzoek om bijstand bij invordering geeft bijzonderheden aangaande dat tijdvak.

10. Invorderingsdaden verricht door de aangezochte Staat ingevolge een verzoek om bijstand die overeenkomstig de wetgeving van die Staat een schorsing of onderbreking van het in het negende lid bedoelde tijdvak tot gevolg zouden hebben, worden geacht hetzelfde gevolg te hebben voor de toepassing van de wetgeving van de verzoekende Staat. De aangezochte Staat doet de verzoekende Staat mededeling van zodanige daden.

11. De aangezochte Staat kan uitstel van betaling of betaling in termijnen toestaan indien zijn wetgeving of zijn administratieve praktijk dit toestaat in soortgelijke omstandigheden; de aangezochte Staat doet de verzoekende Staat over de genomen maatregelen mededeling.

12. De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten stellen in onderlinge overeenstemming regels vast betreffende het minimumbedrag van belastingvorderingen waarop een verzoek om bijstand betrekking kan hebben.

13. De Verdragsluitende Staten zien wederzijds af van de terugbetaling van kosten die voortvloeien uit de onderscheiden hulp en bijstand die zij elkaar verlenen bij de toepassing van dit Verdrag. De verzoekende Staat zal in ieder geval verantwoordelijk blijven jegens de aangezochte Staat voor de geldelijke gevolgen van de invorderingsdaden die onterecht zijn gebleken ten aanzien van de realiteit van de betrokken belastingvordering of van de rechtsgeldigheid van de executoriale titel in de verzoekende Staat.

14. Met betrekking tot de voorgaande bepalingen van dit artikel kunnen de bevoegde autoriteiten van de Staten in onderlinge overeenstemming de wijze regelen waarop bijstand wordt verleend, en alle daarmede verband houdende aangelegenheden.

Artikel 16

Diplomatieke en consulaire ambtenaren

1. De bepalingen van dit Verdrag tasten in geen enkel opzicht de fiscale voorrechten aan die diplomatieke of consulaire ambtenaren ontleen aan de algemene regels van het volkenrecht of aan de bepalingen van bijzondere overeenkomsten.

2. Niettegenstaande de bepalingen van artikel 4 wordt iedere natuurlijke persoon die lid is van een diplomatieke of consulaire vertegenwoordiging van een Verdragsluitende Staat in de andere Verdragsluitende Staat of in een derde Staat en die onderdaan is van de zendstaat, voor de toepassing van het Verdrag geacht inwoner van de zendstaat te zijn, indien zijn totale nalatenschap of schenking in de zendstaat op dezelfde wijze aan belasting is onderworpen als nalatenschappen of schenkingen van inwoners van die Staat.

3. Het Verdrag is niet van toepassing:

- a) op schenkingen gedaan door internationale organisaties, organen of functionarissen daarvan, of door personen die lid zijn van een diplomatieke of consulaire vertegenwoordiging van een derde Staat, en evenmin
- b) op nalatenschappen van deze functionarissen of personen, indien deze organisaties, organen, functionarissen of personen zich op het grondgebied van een Verdragsluitende Staat bevinden en in geen van beide Staten geacht worden inwoner te zijn voor de toepassing van belastingen van nalatenschappen, verkrijgingen krachtens erfrecht of schenkingen.

Artikel 17

Uitbreiding tot andere gebieden

1. Dit Verdrag kan, hetzij in zijn geheel, hetzij met de noodzakelijke wijzigingen, worden uitgebreid tot elk van de landen of beide landen van de Nederlandse Antillen of Aruba, indien het desbetreffende land belastingen heft, die in wezen gelijksoortig zijn aan de belastingen waarop het Verdrag van toepassing is. Zulk een uitbreiding wordt van kracht met ingang van een datum en met inachtneming van de wijzigingen en voorwaarden, daaronder begrepen voorwaarden ten aanzien van de beëindiging, nader vast te stellen en overeen te komen bij diplomatieke notawisseling.

18

963 der Beilagen

2. Tenzij anders is overeengekomen, brengt de beëindiging van het Verdrag niet met zich mede dat tevens de uitbreiding van het Verdrag tot enig land waartoe het ingevolge dit artikel is uitgebreid, wordt beëindigd.

HOOFDSTUK VI

Slotbepalingen

Artikel 18

Inwerkingtreding

Dit Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de eerste maand na de laatste der beide data waarop de onderscheiden Regeringen elkaar schriftelijk hebben medegedeeld, dat de in hun onderscheiden Staten grondwettelijk vereiste formaliteiten zijn vervuld, en de bepalingen ervan vinden toepassing op nalatenschappen van personen overleden op of na die dag en op gebeurtenissen andere dan overlijden, die plaatsvinden op of na die dag en die leiden tot belastingplicht ingevolge de wetgeving van een van beide Staten.

Artikel 19
Beëindiging

Dit Verdrag blijft van kracht totdat het door een van de Verdragsluitende Staten wordt beëindigd. Elk van de Verdragsluitende Staten kan het Verdrag langs diplomatieke weg beëindigen door ten minste zes maanden vóór het einde van enig kalenderjaar na het verstrijken van een tijdvak van vijf jaar na de datum van inwerkingtreding van het Verdrag kennis te geven van beëindiging. In dat geval houdt het Verdrag op van toepassing te zijn aan het begin van het kalenderjaar volgend op dat waarin kennisgeving van de beëindiging is gedaan, maar blijft het van toepassing op nalatenschappen van personen overleden vóór dat tijdstip en op gebeurtenissen andere dan overlijden, die plaatsvinden vóór dat tijdstip en die leiden tot belastingplicht ingevolge de wetgeving van een van beide Staten.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekenden, daartoe gemachtigd, dit Verdrag hebben ondertekend.

GEDAAN te's-Gravenhage, de 26e november 2001 in tweevoud in de Duitse en de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Voor de Republiek Oostenrijk:

Dr. Benita Ferrero-Waldner

Voor het Koninkrijk der Nederlanden:

Jozias van Aartsen

20

963 der Beilagen

Vorblatt**Problem:**

Zwischen Österreich und dem Königreich der Niederlande bestehen keine steuervertraglichen Regelungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Nachlass-, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Auf Grund der wirtschaftlichen Beziehungen bedarf es einer modernen Regelung des Steuervertragsrechts.

Ziel:

Durch ein Abkommen soll die auf Grund der Überschneidung der nationalen Steuerrechte von Österreich und den Niederlanden bewirkte Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschafts- und Schenkungssteuern in einer den Anforderungen des modernen Wirtschaftslebens und der internationalen Steuervertragspraxis entsprechenden Weise vermieden werden.

Inhalt:

Das Doppelbesteuerungsabkommen orientiert sich in seinem Aufbau an den Grundsätzen, die vom Fiskalausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitet wurden und mittlerweile internationale Anerkennung gefunden haben.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Es sind keine nennenswerten Kosten zu erwarten.

Konformität mit EU-Recht:

Die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht ist gegeben, da die Mitgliedstaaten weiterhin grundsätzlich zum Abschluss solcher Abkommen zuständig sind. Ein den Gegenstand des Abkommens abdeckendes Übereinkommen der EU besteht nicht.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1, zweiter Satz B-VG.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das vorliegende Abkommen ist ein gesetzändernder Staatsvertrag und bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG. Die Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich. Es hat nicht politischen Charakter und enthält weder verfassungsändernde noch verfassungsergänzende Bestimmungen. Alle seine Bestimmungen sind zur unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich ausreichend determiniert, sodass eine Beschlussfassung gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages werden im Wesentlichen keine finanziellen und keine personellen Wirkungen verbunden sein.

Während die steuerlichen Beziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gegenwärtig durch das Abkommen vom 1. September 1970, BGBl. Nr. 191/1971, zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, in der Fassung des Protokolls vom 18. Dezember 1989, BGBl. Nr. 18/1991, geschützt sind, werden die steuerlichen Beziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich auf dem Gebiete der Erbschafts- und Schenkungssteuern gegenwärtig noch durch kein Abkommen vor dem Eintritt internationaler Doppelbesteuerungen geschützt.

Am 23. April 1996 sind daher in Wien Verhandlungen mit dem Königreich der Niederlande aufgenommen worden. Die endgültige Einigung erfolgte auf schriftlichem Weg im September 2000. Das Abkommen folgt im größtmöglichen Umfang den Regeln des OECD-Musterabkommens betreffend die Nachlass-, Erbschafts- und Schenkungssteuern aus dem Jahre 1982.

Besonderer Teil:

Zu Artikel 1:

Diese Bestimmung legt den persönlichen Anwendungsbereich des Abkommens fest. Demnach besteht eine Abkommensberechtigung für sämtliche Erwerbe von Todes wegen und für sämtliche Schenkungsvorgänge, wenn der Erblasser oder der Schenker im Zeitpunkt des Todes oder im Zeitpunkt der Schenkung in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war.

Zu Artikel 2:

Der sachliche Geltungsbereich des Abkommens umfasst in beiden Staaten die Erbschafts- und Schenkungssteuer, in den Niederlanden darüber hinaus die Abgabe vom Vermögensübergang. Aus dem OECD-Musterabkommen ist die automatische Anpassungserweiterung für künftige gleichartige Steuern übernommen worden.

Zu Artikel 3:

Dieser Artikel enthält bestimmte für die Abkommensanwendung maßgebliche Begriffsbeschreibungen. In OECD-konformer Weise wird auf das innerstaatliche Steuerrecht als subsidiären Auslegungsbehelf verwiesen.

Zu Artikel 4:

Diese Bestimmungen enthalten in Absatz 1 die OECD-Grundsätze für die Umschreibung des Begriffes der Ansässigkeit, wobei vorrangig auf die im nationalen Recht enthaltenen Wohnsitzkriterien abgestellt wird. Abs. 2 und 4 sehen die OECD-konformen Lösungen für Ansässigkeitskonflikte bei natürlichen Personen (Abs. 2) und bei juristischen Personen (Abs. 4) vor. Bei natürlichen Personen wird in erster Linie dem Mittelpunkt der Lebensinteressen der Vorrang eingeräumt, während bei juristischen Personen der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung das entscheidende Kriterium bildet. Darüber hinaus sieht Abs. 3 bei natürlichen Personen eine Sonderbestimmung für die Lösung von Ansässigkeitskonflikten vor.

Zu Artikel 5:

Das Besteuerungsrecht an unbeweglichem Vermögen wird in Übereinstimmung mit den OECD-Grundsätzen jenem Vertragsstaat zugeteilt, in dem sich das betreffende Vermögen befindet. Dies gilt auch, wenn es sich um Betriebsvermögen handelt.

22

963 der Beilagen

Zu Artikel 6:

Das Recht auf Besteuerung des nicht zum unbeweglichen Vermögen gehörenden Betriebsvermögens, das einer in einem Vertragsstaat unterhaltenen Betriebsstätte zuzurechnen ist, wird in Übereinstimmung mit den Regeln des OECD-Musterabkommens dem Betriebsstättenstaat zugewiesen (Absatz 1). Die Absätze 2 bis 5 enthalten die OECD-konforme Definition des Betriebsstättenbegriffes.

Absatz 6 legt den OECD-Grundsatz fest, dass die Zuteilungsregel sinngemäß für das Vermögen einer festen Einrichtung, die der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient, Anwendung finden soll.

Zu Artikel 7:

Dieser Artikel enthält die OECD-konforme „Generalklausel“, wonach – vorbehaltlich des Artikels 8 – das Besteuerungsrecht an Vermögenswerten, für die im Abkommen keine besonderen Regelungen getroffen wurden, ohne Rücksicht auf die Belegenheit dem Wohnsitzstaat zugeteilt wird.

Zu Artikel 8:

Unter ganz bestimmten Voraussetzungen erhält neben dem Wohnsitzstaat auch der andere Vertragsstaat ein subsidiäres Besteuerungsrecht an Vermögenswerten, für die im Abkommen keine besonderen Regelungen getroffen wurden, ohne Rücksicht auf die Belegenheit.

Zu Artikel 9:

Dieser Artikel übernimmt die OECD-Prinzipien für die Schuldenzuordnung. Danach wird das Prinzip des „wirtschaftlichen Zusammenhanges“ mit gewissen Modifikationen als vorrangiges Zuordnungskriterium für unbewegliches Vermögen und für Betriebsvermögen herangezogen (Absätze 1 und 2). Andere Schulden müssen vom Wohnsitzstaat – auch ohne wirtschaftlichen Zusammenhang mit den von ihm zu steuernden Vermögenswerten – zum Abzug zugelassen werden (Absatz 3).

Durch die Absätze 4 und 5 wird angeordnet, wie die nach den vorstehenden Bestimmungen nicht abzugsfähigen Schuldenreste zu berücksichtigen sind.

Zu Artikel 10:

Dieser Artikel gebietet die steuerrechtliche Gleichbehandlung öffentlich-rechtlicher Körperschaften und gemeinnütziger Einrichtungen des jeweils anderen Vertragsstaats hinsichtlich der solchen Institutionen gewährten Steuerbegünstigungen.

Zu Artikel 11:

In dieser Bestimmung werden die Methoden festgelegt, nach denen in den beiden Vertragsstaaten die Doppelbesteuerung beseitigt wird. Österreich wendet zur Vermeidung der Doppelbesteuerung die Befreiungsmethode unter Progressionsvorbehalt an. Dabei nimmt Österreich als Wohnsitzstaat des Erblassers (Geschenkgebers) jene Vermögenswerte von der Besteuerung aus, die nach dem Abkommen in den Niederlanden besteuert werden dürfen. Österreich behält sich aber das Recht vor, diese Vermögenswerte bei der Ermittlung der auf die übrigen Vermögenswerte entfallenden Steuer einzubeziehen. Die Niederlande wenden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung eine Sonderform der Anrechnungsmethode an.

Zu Artikel 12:

Dieser Artikel enthält die OECD-konformen Regelungen über das Verbot von Diskriminierungen.

Zu Artikel 13:

Die Vorschriften dieses Artikels enthalten die international üblichen Grundsätze über das in Streit- oder Zweifelsfällen durchzuführende Verständigungsverfahren.

Zu Artikel 14:

Dieser Artikel ist der internationalen Amtshilfe auf dem Gebiet der Sachverhaltsermittlung gewidmet und sieht hierfür die im OECD-Musterabkommen üblichen Bedingungen und Pflichten, insbesondere die Pflicht zur Wahrung des nationalen und internationalen Steuergeheimnisses vor.

Zu Artikel 15:

Dieser Artikel bezieht sich auf die internationale Amtshilfe auf dem Gebiet der Vollstreckung von Abgabenansprüchen eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates.

Zu Artikel 16:

Dieser Artikel regelt in klarstellender Weise das Verhältnis des Doppelbesteuerungsabkommens zu den völkerrechtlich privilegierten Personen.

Zu Artikel 17:

Dieser Artikel sieht vor, dass das Abkommen hinsichtlich des räumlichen Geltungsbereiches unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen auf die Niederländischen Antillen und Aruba ausgedehnt werden kann.

Zu Artikel 18 und 19:

Diese Bestimmungen betreffen den zeitlichen Anwendungsbereich des Doppelbesteuerungsabkommens.